

Zeitschrift: Berner Zeitschrift für Geschichte und Heimatkunde
Herausgeber: Bernisches historisches Museum
Band: 65 (2003)
Heft: 1

Artikel: Frontismus und Nationalsozialismus in der Stadt Bern : viel Lärm, aber wenig Erfolg
Autor: Arber, Catherine
Kapitel: 3: Frontismus in Bern
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-247122>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

war die Existenz eines solchen Polizeidienstes nicht bekannt. Erst als es nach dem Krieg um die Ausweisung von rechtsextremen Exponenten ging, beantwortete Polizeidirektor Eduard Freimüller (1898–1966) im Stadtrat Fragen zum Nachrichtendienst – denn nun sei der Zeitpunkt gekommen, so Freimüller, die von der Polizei durch all die Jahre hindurch gemachten Beobachtungen und Feststellungen zu verwerten.²⁹

3. Frontismus in Bern

Bund für Volk und Heimat

Der Bund für Volk und Heimat (BVH) wurde am 28. Mai 1933 im Hotel Löwen in Langenthal – und nicht wie ursprünglich geplant im Casino in Bern – gegründet. Er verfolgte vor allem eine kapitalgebundene Interessenpolitik. Dazu zählten Schutz des Privateigentums und Förderung des Unternehmertums und der freien Berufe sowie die Erhaltung des Bauernstandes.³⁰ Der BVH erachtete den Föderalismus als eine tragende Säule des schweizerischen Staatsprinzips. Daher lehnte er auch den Nationalsozialismus und Faschismus ab, weil diese Ideologien für ein föderalistisches Staatsgebilde wie die Schweiz nicht geeignet seien. Im Gegensatz zu dieser Einstellung verwendete die Gruppe ein völkisches Vokabular wie «Kulturbolschewismus» und «Gautagung». Die Hetze gegen Freimaurer war ein konstitutives Element des BVH, während Antisemitismus gegen aussen eher verpönt, bei einzelnen Mitgliedern hinter verschlossenen Türen indes eindeutig vorhanden war. Innerhalb des BVH gab es zwei unterschiedliche Strömungen: die Zürcher Gruppe, die ausgeprägt – wenn auch nicht ausschliesslich – wirtschaftspolitisch orientiert war, und die Berner Gruppe, die in der Nähe zu frontistischen Erneuerungsbewegungen stand. Zwischen den beiden Gruppen kam es regelmässig zu Differenzen über den politischen Kurs des Bundes, obwohl es auch in Zürich Kontakte zu frontistischen Kreisen wie der Eidgenössischen Front gab.³¹

Im Juni 1933 beteiligte sich der BVH an der Aktion zum Ausschluss des Sozialistenführers Léon Nicole (1887–1965) aus dem Nationalrat. Die Initiative dazu war vom studentischen Corporationen Convent der Universität Bern ausgegangen. Auf Geheiss des BVH versammelten sich am 7. Juli 1933, dem Beginn der Sommersession, diverse Erneuerungsbewegungen auf dem Bundesplatz in Bern, um Nicoles Zulassung zum Parlament zu verhindern. Am nächsten Tag beschloss der Nationalrat die Ergänzung des Geschäftsreglementes mit einem neuen Artikel, der es erlaubte, Léon Nicole für die Dauer der Sommersession auszuschliessen.³² Im Herbst 1933 lancierte der

BVH eine zweite solche Aktion, dieses Mal jedoch ohne Erfolg. Er verlangte, dass geprüft werden sollte, ob Nicole nicht für den Rest der Legislaturperiode, bis zum Herbst 1935 also, ausgeschlossen werden könnte, doch der BVH vermochte sich mit seinem Begehren nicht durchzusetzen.³³

Im Hinblick auf die Bekämpfung der Kriseninitiative schlossen sich im April 1935 die kantonbernischen Gruppen der Heimatwehr, der Nationalen Front (NF), der Eidgenössischen Front (EF) und des BVH zum Nationalen Kampfbund zusammen. Der eigentliche Promotor dieses Zusammenschlusses war der BVH-Sekretär Peter Dürrenmatt (1904–1989), der den Kampfbund als Kern einer neuen konservativen Politik betrachtete. Das erklärte Ziel von Dürrenmatt war es, zusammen mit der Berner Heimatwehr eine neue, protestantisch-konservative Partei im Kanton Bern zu schaffen.³⁴ Nach dem Abstimmungskampf um die Kriseninitiative kam der Kampfbund anlässlich der Nationalratswahlen von 1935 noch einmal zum Tragen. Im Kanton Bern stellten BVH, Heimatwehr, die EF und die NF gemeinsam eine Liste der nationalen Erneuerung auf. Damit beteiligte sich der BVH erstmals direkt an Wahlen. Der Kampfbund stiess bei den bürgerlichen Parteien, mit denen der BVH eigentlich zusammenarbeiten wollte, auf wenig Gegenliebe. Aber auch innerhalb der beteiligten Organisationen des Kampfbundes regte sich Widerstand, nicht zuletzt beim BVH selber, wo die «besonderen Berner Verhältnisse» kritisiert wurden.³⁵

Nach diversen internen Krisen kam es 1935 zu ersten Auflösungsstendenzen des BHV, im Juni 1936 löste er sich gänzlich auf. Den Mitgliedern wurde empfohlen, dem überparteilichen, nach dem Landesstreik 1918 gegründeten Schweizerischen Vaterländischen Verband beizutreten.³⁶

Die Heimatwehr, eine mittelständische Bewegung

Die Heimatwehr wurde 1925 in Zürich gegründet und gab sich stolz als älteste der Erneuerungsbewegungen aus. Die mittelständisch-bäuerliche Bewegung etablierte sich schwergewichtig im Berner Oberland, wo die Bauern schon in den Zwanzigerjahren von der Krise betroffen waren. Diese fühlten sich von der BGB-Politik nicht mehr vertreten, da diese sich zu einseitig auf die Seite der Grossbauern schlug und die Bedürfnisse des «kleinen Schuldenbauern» missachte. Die Heimatwehr sprang in diese Bresche und machte sich fortan zur Anwältin der Not leidenden Bergbauern. Ihr Engagement für die Bauern war gross und nahm zuweilen erpresserische Züge an. So verlangte die Heimatwehr im Herbst 1932 unter Androhung eines Steuerstreiks vom Bundesrat einschneidende Schutzmassnahmen für Landwirtschaft, Gewerbe und Kleinhandel – allerdings erfolglos. Die Heimatwehr setzte ihre Drohung nicht in die Tat um, was ihr spöttische Bemerkungen vom späteren BGB-Bundesrat Markus Feldmann (1897–1958) einbrachte.³⁷

Zu Beginn der Dreissigerjahre gelang der Heimatwehr eine stärkere Verbreitung in bernischen Landgegenden; 1934 gewann sie 3 von 228 Sitzen im Grossen Rat. Ein Erfolg bei den Nationalratswahlen von 1935, wo sie sich mit dem Bund für Volk und Heimat und der Nationalen Front zur Liste «Nationale Erneuerung» zusammenschloss, blieb ihr aber versagt.

Die Heimatwehr war stark antisemitisch eingestellt: In ihren Statuten von 1933 betonte sie den Kampf gegen Juden, Geheimbünde und Linksextremisten. Die Erneuerungsbewegung befürwortete ausserdem eine Entwicklung der berufsständischen Gliederung, bekannte sich aber gegen aussen zur geltenden Bundesverfassung. Wie andere frontistische Organisationen griff auch die Heimatwehr auf alteidgenössische Symbole zurück: Als Kennzeichen diente ihr die Hellebarde. Zudem trug ihre Schutztruppe – offiziell nur bis zum Uniformverbot im Frühling 1933 – in Anlehnung an faschistische Bewegungen im Ausland ein graues Hemd.³⁸

Die Heimatwehr pflegte engen Kontakt zur Nationalen Front und namentlich zum Parti Fasciste Suisse. Mit diesem unternahm die Heimatwehr Mitte Oktober 1933 eine Reise nach Rom, wo die beiden Schweizer Bewegungen von Benito Mussolini empfangen wurden. Dabei überreichten sie ihm einen aus Holz geschnitzten Bären. Offenbar löste sich die Heimatwehr Ende 1934 wieder von Arthur Fonjallaz (1875–1944), dem Führer des Parti Fasciste Suisse. Sie warf ihm nun eine «Glorifizierung des italienischen Faschismus» vor und wollte sich selber wieder auf ihre Schweizer Wurzeln besinnen.³⁹ Doch die Heimatwehr vermochte sich kaum mehr politisch durchzusetzen: Anfang 1936 musste sie ihr Organ, das «Schweizerbanner», einstellen und trat fortan kaum mehr in Erscheinung – ihre Anliegen wurden nun von den Jungbauern übernommen.

Schweizerische Bauernheimat- oder Jungbauernbewegung

Die Schweizerische Bauernheimat- oder Jungbauernbewegung ging aus mittelständischen, jedoch bäuerlichen Kreisen hervor. Sie war innerhalb der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) entstanden, die sich ihrerseits 1921 vom Freisinn gelöst hatte. Führende Figur war Hans Müller (1891–1988), der seit 1928 für die BGB im Nationalrat sass. Auf dem Möschi bei Grosshöchstetten errichtete er 1932 eine Bildungsstätte, die zunächst zur beruflichen Ertüchtigung und kulturellen Bildung der jungen Bauern beitragen sollte. Mit der Zeit verwandelte sich die Organisation, die sich zunächst damit begnügt hatte, die ethischen Werte des Bauerntums hochzuhalten, immer mehr in eine politische. In seiner Zeitung «Der Schweizer Jungbauer» begann Müller einen Kampf gegen die bäuerliche Führungsschicht auszufechten, in welchem sowohl der Gegensatz zwischen Klein- und Grossbauerntum als auch ein Generationenkonflikt zum Ausdruck kam.⁴⁰

Gemäss Wolf kann die Ideologie der Jungbauern in die Nähe der Fronten gerückt werden. Da war einmal ihr «fanatischer Zug ins Mystische, der sich mit dem gleichen Eifer für die Erhöhung der Milch- und Fleischpreise wie für die Befolgung der christlichen Grundsätze einsetzte», ferner ihr Führerkult sowie schliesslich ein «schwärmerisches Bekenntnis zur nationalen Erneuerung, das sich in keiner Weise von der frontistischen Terminologie unterschied».⁴¹ Auf der anderen Seite vertraten die Jungbauern aber sozialpolitische und antikapitalistische Anliegen, die eine Annäherung an die Fronten verhinderten.⁴²

In den Nationalratswahlen von 1935 traten die Jungbauern in verschiedenen Deutschschweizer Kantonen mit eigenen Listen auf, wodurch der BGB Sitze verloren gingen. Es zogen vier Jungbauern, darunter drei aus dem Kanton Bern, in den Rat ein.⁴³ Als Folge dieses Alleinganges trennte sich die BGB noch im selben Jahr von den Jungbauern und schloss Hans Müller aus der Partei aus. Durch ihren Wahlerfolg verfügten die Jungbauern jetzt zwar über mehr politischen Einfluss als die anderen frontistischen Gruppen. Das von Hans Müller erstrebte Ziel einer starken Mittelposition zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie aber konnten sie nicht erreichen. Auch diese Gruppierung konnte sich auf die Dauer nicht halten; 1947 büsste sie ihre politische Bedeutung endgültig ein.

Die Jungbauern fanden ihre Wähler vorwiegend in den Landgemeinden des Kantons. Sogar bei den Grossratswahlen von 1938, als die Jungbauern 13,8 Prozent Stimmenanteil erreichten und nahe an die Freisinnige Partei herankamen, stimmten nur gerade 1,7 Prozent der Stadtberner für die Jungbauern.⁴⁴ Hingegen waren die Jungbauern zwischen 1940 und 1943 mit einem Mann im Stadtrat vertreten. Die restlichen Sitze im Stadtrat waren folgendermassen aufgeteilt: 17 Bauern-, Gewerbe und Bürgerpartei (BGB), 18 Freisinnige, 2 Freiwirtschaftsbund Bern, 2 Landesring der Unabhängigen, 2 Evangelische Volkspartei und 38 Sozialdemokraten.⁴⁵ Es fällt also auf, dass sich die bürgerlichen und die sozialdemokratischen Kräfte im Stadtberner Parlament in etwa die Waage hielten – eine Beobachtung, die für den ganzen Untersuchungszeitraum zutrifft.

Der Vertreter der Jungbauern im Stadtrat war der Fürsprecher Hans Ruef (1897–1957). Während der Prozesse um die «Weisen von Zion» setzte er sich für die Anliegen der Berner Frontisten ein. 1936 soll er sich mit Gregor de Pottere, der in die Schweiz gekommen war, um mit diversen Gleichgesinnten eine «Panarische Union» zu gründen, in Bern getroffen haben.⁴⁶ Wie weit Ruefs rechtsextreme Gesinnung ging, kann hier nicht beantwortet werden. In den Stadtratsprotokollen jedenfalls tauchen keine von ihm eingereichten Vorstösse mit frontistischem Inhalt auf. Und an Versammlungen der Jungbauern hielt er Vorträge zu Themen wie «Kein zweites 1918» oder «Unser Land im Sturme der Zeit – wie begegnen wir Teuerung?». Dabei schien es

für die Ortsgruppe nicht immer einfach, ein Lokal zu mieten. «Die einzelnen Wirte haben uns aus den verschiedenen Gründen das Lokal verweigert», teilte Hans Rueder der Kantonspolizei in einem Schreiben vom 11. April 1942 mit. Da Versammlungen seit dem 9. Juli 1940 einer Anmeldepflicht oblagen, gab Rueder der Polizei nun den nach langem Suchen gefundenen Ort des Treffens an. Hans Rueder hielt seinen Vortrag zum Thema «Für wen oder gegen wen kämpfen die Jungbauern?» nun im «Bierhübeli».⁴⁷

Für die Polizei schienen die Jungbauern keine grosse Gefahr darzustellen, und sie erlaubte ihnen – ganz im Gegensatz zu anderen politischen Gruppierungen wie der Kommunistischen Partei – auch nach 1940 noch, öffentliche Veranstaltungen durchzuführen. Gelegentlich griff die Polizei aber auch ein: So mahnte die Kantonspolizei die Jungbauern im Juni 1941, bei ihrer Propaganda künftig mehr Zurückhaltung zu wahren. Die Jungbauern hatten ein paar Tage zuvor bei einer öffentlichen Veranstaltung Flugblätter verteilt, die geeignet seien, «die innere Sicherheit und die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Schweiz zu gefährden».⁴⁸ Im Februar 1942 verbot die Kantonspolizei den Jungbauern zudem, an der Volkshochschule Kurse für Arbeiter anzubieten.⁴⁹ Doch diese Begebenheiten haben eher anekdotischen Charakter. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Jungbauern trotz einem Sitz im Stadtrat in Bern kaum Beachtung fanden; ihre Klientel fanden sie stattdessen auf dem Land.

4. Bewegungen mit nationalsozialistischer oder faschistischer Prägung

Die Entstehung der Nationalen Front

An der Universität Zürich entstand 1930 die Neue Front, eine aus jungliberalen Kreisen hervorgegangene studentische Gruppe. Schon in ihren Gründungsstatuten sprach sie sich für eine Ersetzung des bestehenden Parteiensystems durch eine «Führer- und Ideengefolgschaft» aus.⁵⁰ Auch wenn die Bewegung in der Folge zahlenmässig nur bescheidene Erfolge erzielte, so hatten einige ihrer Mitglieder Zugang zu verschiedenen Zeitungen; in Bern konnte die Bewegung ihre Ansichten im konservativen «Berner Tagblatt» veröffentlichen, dessen Chefredaktor der Frontist Heinrich Eugen Wechlin (geboren 1897) war.⁵¹

Im Herbst 1930 gründete der Zürcher Student Hans Vonwyl (1899–1983) die Nationale Front, nachdem er aus der Neuen Front ausgetreten war. Weniger elitär als die Neue Front, wandte sich die neue Gruppierung an breitere Schichten, und sie erreichte denn auch die grösste Anhängerschaft aller Fronten. In ihrer Zeitung «Der eiserne Besen» hetzte die Nationale